



Ein Jahr Ampel-Koalition: Wo steht die Bundesregierung bei Klimaschutz- und Energiepolitik?

1. Fossile Energiekrise

Zzzz!

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der fossilen Energiekrise setzen bislang, neben kurzfristiger Diversifizierung der fossilen Gasversorgung, zu wenig auf zusätzliche Investitionen in Erneuerbare Energien und schnellere Transformation in den Verbrauchssektoren. Bisher beschlossene Maßnahmen zur Entlastung sind kaum verknüpft mit Anreizen zum Energiesparen oder Investitionen in die beschleunigte Abkehr von fossiler Abhängigkeit der Sektoren. Stattdessen riskieren Maßnahmen wie Tankrabatt, überdimensionierte LNG-Infrastruktur und mehr Kohleverstromung, Rückschläge

für den Klimaschutz zu werden. Positiv anzumerken ist, dass sich die Bundesregierung im Rahmen des REPowerEU-Paketes für mehr Ambition beim Erneuerbaren-Ziel, mehr Energieeffizienz und einen schnelleren Ausbau der Erneuerbaren eingesetzt hat. Nachsteuern sollte die Ampel unbedingt bei der Strompreisbremse, deren Ausgestaltung bei den Erneuerbaren zum Investitionshemmnis werden kann. In Gesetzesvorhaben zur Planungsbeschleunigung ist die Aufnahme von fossilen Infrastrukturen zudem fehl am Platz.

2. Weiterentwicklung Klimaschutzgesetz

AUA!

Das für dieses Jahr geplante, umfassende Klimaschutzsofortprogramm sowie ein weiterentwickeltes Klimaschutzgesetz liegen noch nicht vor, weil sich die Bundesregierung nicht einigen kann. Die jahresscharfen Sektorziele sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für

verbindliche Klimaschutzmaßnahmen in den Sektoren. Die Bundesregierung muss das Klimaschutzgesetz im Sinne der Vorschläge des Expert:innenrates weiterentwickeln und ein sektorübergreifendes und ambitioniertes Klimaschutzsofortprogramm vorlegen.

3. Ab- und Umbau klimaschädlicher Subventionen

AUA!

Der versprochene Abbau klimaschädlicher Subventionen ist nicht in Sicht. Im Gegenteil – durch Tankrabatt und Gaspreisbremse werden klimaschädliche Staatsausgaben sogar erhöht. Um Bürger:innen gegen hohe Energiepreise zu schützen, braucht es gezielte Entlastungsmaßnahmen für Haushalte mit geringem Einkommen. Der langfristige Weg heraus aus der fossilen Abhängigkeit führt nur über massive Investitionen in

die Transformation. Ein Anreiz hierfür würde über die Bindung von Industrieentlastungen an Konditionen geschaffen: Entlastete Unternehmen müssen zeigen, wie sie mit zusätzlichen Investitionen die Dekarbonisierung der Industrie vorantreiben. Es braucht dafür schnellstmöglich eine Roadmap für den Ab- und Umbau der klimaschädlichen Subventionen.



Autsch, voll daneben!



Einfach zu wenig/ Leerstelle!



Richtung stimmt, aber da geht noch was!



So kann's gehen. Jetzt ran an die Umsetzung!



Ein Jahr Ampel-Koalition: Wo steht die Bundesregierung bei Klimaschutz- und Energiepolitik?

4. Nationale CO₂-Bepreisung



Ein fatales klimapolitisches Signal der Bundesregierung: Anstatt den Preisfad im nationalen Emissionshandel mit einer Anhebung an die Klimaziele anzupassen, wird die bereits vorgesehene Erhöhung auf zu niedrigem Niveau für ein Jahr aus- und für zwei weite-

re Jahre verringert fortgesetzt. Der Entlastungseffekt von hohen Energiepreisen ist für Verbraucher:innen verschwindend gering, doch das politische Signal ist eindeutig: Klimaschutz muss hintenanstehen.

5. Klimageld



Die angekündigte Einführung eines Klimagelds zur Rückerstattung der Einnahmen aus der nationalen CO₂-Bepreisung steht aus. Dabei wäre eine bürokratiarme Einführung schnell möglich, wie eine Studie des WWF und weiteren Umwelt- und Sozialverbänden

zeigt. Ein Pro-Kopf-Direktzahlungsmechanismus ist auch für gezielte Entlastungsmaßnahmen gegen hohe Energiepreise notwendig und sollte jetzt eingerichtet werden, wie zuletzt die Expert:innen-Kommision für Gas und Wärme mahnte.

6. Energiewende



Die Bundesregierung hat im Eiltempo eine Reihe von wichtigen Reformpaketen auf den Weg gebracht, welche die Weichen für den schnelleren Ausbau der Wind- und Solarenergie stellen. Diese Vorgaben müssen nun zeitnah Anwendung finden: die Flächen müssen ausgewiesen und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Es fehlen eine umfassende Solarpflicht, Vo-

oraussetzungen für eine bessere Behördenausstattung und eine innereuropäische Wertschöpfungskette für Erneuerbare für mehr Energiesouveränität. Darüber hinaus muss in Deutschland und der EU ein Strommarktdesign vorangebracht werden, das die Erneuerbaren ins Zentrum stellt.

7. Wasserstoffstrategie



Die Novelle der Nationalen Wasserstoffstrategie muss sicherstellen, dass nur grüner Wasserstoff gefördert wird. Blauer Wasserstoff und ineffiziente Anwendungsfelder dürfen keine Förderung erhalten. Ein sinnvoller Hochlauf von grünem Wasserstoff steht und fällt mit dem schnelleren Ausbau der heimischen Erneuerbaren

Energien. Importe werden für Deutschland eine Rolle spielen - die Bundesregierung muss sich für sinnvolle Nachhaltigkeitskriterien im internationalen Handel mit Wasserstoffprodukten einsetzen, insbesondere im Handelsinstrument H2Global, in der EU, sowie im G7- und G20-Prozess.



Autsch, voll daneben!



Einfach zu wenig/ Leerstelle!



Richtung stimmt, aber da geht noch was!



So kann's gehen. Jetzt ran an die Umsetzung!



Ein Jahr Ampel-Koalition: Wo steht die Bundesregierung bei Klimaschutz- und Energiepolitik?

8. Klimafreundliche Industrie

Zzzz!

Die angekündigten Instrumente zur Dekarbonisierung des Industriesektors stehen aus. Während politische Prozesse und Stakeholderdialoge zu CCfDs, grünen Leitmärkten und CCS angestoßen wurden, fehlen noch konkrete Gesetzestexte und die im Koalitionsvertrag angekündigte Industriestrategie, sowie die Langfriststrategie zum Umgang mit den unvermeidbaren Restemissionen (Carbon Management Strategie).

CCfDs sollten die Förderung von blauem Wasserstoff ausschließen. Positiv ist, dass die Bundesregierung ein Energieeffizienzgesetz angestoßen hat. In den Entwürfen ist besonders die verpflichtende Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen für Unternehmen zu begrüßen. Die Verknüpfung der Entlastungsmaßnahmen gegen hohe Energiepreise an Transformationskriterien fehlt bisher.

9. Klimafreundliche Mobilität

AUA!

Angesichts der fossilen Energiekrise und eines völlig unzureichenden Sofortprogramms ist im Verkehrssektor bislang viel zu wenig passiert. Selbst ein schnell umsetzbares, kostengünstiges Tempolimit ist gescheitert. Die Antriebswende zur Elektromobilität wird zwar kostenintensiv gefördert, doch fehlt weiterhin ein Malus für Verbrenner. Zudem steht die Hintertür

für ineffiziente, teure E-Fuels im Individualverkehr noch immer offen. Dringend notwendig sind jetzt zusätzliche Maßnahmen für eine strukturelle und sozial gerechte Mobilitätswende: bessere Angebote im ÖPNV, Priorität für Schienen-, Rad- und Fußwege sowie der Ab- und Umbau von klimaschädlichen Subventionen, wie Dieselprivileg und Dienstwagenbesteuerung.

10. Klimafreundliche Gebäude

Zzzz!

Die Anhebung des Neubaustandards auf das EH55-Niveau ab 2023 sowie des EH40-Standards ab 2025 ist ein richtiger Schritt zur Dekarbonisierung des Sektors, auch wenn der EH40-Standard vorgezogen werden sollte. Neubauten machen allerdings nur einen kleinen Teil der Emissionen im Gebäudesektor aus. Die Bundesregierung muss künftig den Fokus auf den Gebäudebestand legen. Die entscheidenden Punkte sind

hier, nach dem „Worst First“-Prinzip energieeffiziente Sanierungen und den Austausch fossiler durch tatsächlich erneuerbare Heizungen massiv zu beschleunigen. Hierfür muss die Bundesregierung schnellstmöglich geeignete Instrumente vorlegen. Die Kürzungen der Förderhöhe bei Sanierungen waren hier nicht zielführend.



Autsch,
voll daneben!



**Einfach zu wenig/
Leerstelle!**



Richtung stimmt,
aber da geht noch was!



So kann's gehen.
Jetzt ran an die Umsetzung!



Ein Jahr Ampel-Koalition: Wo steht die Bundesregierung bei Klimaschutz- und Energiepolitik?

11. EU Klimapolitik

Zzzz!

Die im Koalitionsvertrag angekündigte Unterstützung für eine Stärkung des Emissionshandels hat nicht stattgefunden. Insbesondere die Blockade des neuen Klimasozialfonds als Gegenstück zur Schaffung eines zweiten Emissionshandels für den Verkehrs- und Gebäudesektor wurde von den anderen Mitgliedsstaaten als sehr unsozial und unsolidarisch kritisiert. Bei den

Verhandlungen über den bestehenden Emissionshandel konzentrierte sich die Strategie der Regierung darauf, die kostenlosen Zertifikate für die Industrie so lange wie möglich beizubehalten. Eine Strategie zur Verschärfung der Ziele im ETS wäre für einen marktgetriebenen Kohleausstieg 2030 und die schnellere Abkehr von fossilen Energien notwendig.

12. Internationale Klimapolitik



Mit der in Erarbeitung befindlichen Klimaaußenpolitikstrategie zwischen BMWK, AA, BMUV und BMZ legt die Bundesregierung den Grundstein für eine kohärente klimapolitische Zusammenarbeit der Häuser. Im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen hat sich die Bundesregierung für ambitionierte Mitigation Outcomes und eine positive Dynamik im Bereich Loss

and Damage eingesetzt. Leerstelle bleibt weiterhin die angekündigte Steigerung der internationalen Klimafinanzierung. Während der COP27 hat Deutschland zwar die Anpassungsfinanzierung um 60 Mio. Euro erhöht, damit ist allerdings der Anspruch, 50 Prozent der Klimafinanzierung für Anpassung aufzubringen, nicht erfüllt.

13. Sustainable Finance

Zzzz!

Während erste Schritte, wie die Einsetzung des Sustainable Finance Beirats, initiiert wurden, fehlt es an jeglicher umfassender Berücksichtigung von Sustainable-Finance-Elementen in den auf den Weg gebrachten Gesetzesvorhaben wie Oster- und Sommerpaket. Initiierte Vorhaben wie ein angekündigtes Zukunftsf-

finanzierungsgesetz oder die Aktienrücklage berücksichtigten Nachhaltigkeitsgrundsätze oder -wirkungen bisher nahezu gar nicht. Institutionelle Voraussetzungen für ein nachhaltig wirkendes Finanzsystem wurden bislang völlig außer Acht gelassen.



Autsch, voll daneben!



Einfach zu wenig/ Leerstelle!



Richtung stimmt, aber da geht noch was!



So kann's gehen. Jetzt ran an die Umsetzung!